

Kurt Beck

## Ein soziales und leistungsfähiges Deutschland

Der politische Gesellschaftsentwurf der Sozialdemokratie



Reiner Zenssen

**Kurt Beck**

(\* 1949) ist SPD-Partei-vorsitzender und Minister-präsident des Landes Rheinland-Pfalz.

partei Vorstand@spd.de

Wir können auf fast 10 Jahre Regierungsverantwortung im Bund zurückblicken und uns wichtiger Erfolge und politischer Weichenstellungen rühmen. Das sollten wir auch vermehrt tun. Unser wichtigstes Anliegen war es 1998, den lähmenden Reformstau in Deutschland zu überwinden und endlich neue Arbeitsplätze zu ermöglichen. Heute wird darüber geredet, dass wir wieder Vollbeschäftigung erreichen könnten. Es waren noch nie so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie heute und wir haben die Arbeitslosigkeit in einem Maße abgebaut, von dem man vor 10 Jahren nur träumen konnte.

Vergangene Erfolge sind aber keine ausreichenden Argumente für die bevorstehenden Wahlkämpfe. Da geht es darum, einen Vertrauensvorschuss auf die Zukunft von den Wählerinnen und Wählern zu erhalten. Sie müssen uns zutrauen, die politischen Gestaltungsaufgaben für die Zukunft lösen zu können. Es ist, wie es ist: sich auf seinen erworbenen Lorbeeren auszuruhen, genügt nicht.

Übrigens gehört es zu den Seltsamkeiten der medialen Debatten, dass für alle Fehlentwicklungen allein die Politik verantwortlich gemacht wird, im gleichen Atemzug aber behauptet wird, der Nationalstaat könne gar nichts mehr ausrichten. Das ist so nicht richtig: Ich möchte nicht wissen, wo wir sozialstaatlich heute stünden, ohne die beherzten Rettungsunternehmen der Regierung Schröder und ich will ein paar Beispiele nennen, was wir schon tun und noch tun wollen, damit auch in Zukunft von einem sozialen

und leistungsfähigen Deutschland die Rede sein wird. Wir können nur den Kuchen essen, den wir zuvor gebacken haben, doch die Stücke müssen gerecht verteilt sein.

Deutschland ist so reich, wie nie zuvor in der Geschichte, trotzdem haben aber viele Menschen Grund zur Klage oder wenigstens zur Sorge. Die Zukunft scheint ihnen für sich selbst und ihre Kinder und Enkel nicht gesichert. Ein Teil hat konkrete Abstiegsängste; man kommt trotz Ausbildung und anständiger Arbeit mit dem Einkommen nicht mehr aus. Deshalb wirkt die Selbstbedienung mancher Spitzenmanager besonders empörend. Bei vielen Anderen ist das Gefühl verfliegen, am materiellen Fortschritt teilhaben zu können. Die Statistiker bestätigen, dass der Anteil der Menschen mit mittleren Einkommen tatsächlich sinkt. Vor diesem Hintergrund ist es ein gesellschafts- und verteilungspolitisch richtiger Schritt, wenn es noch in dieser Legislaturperiode zur Umsetzung meiner Vorschläge zur Mitarbeiterbeteiligung an Betriebsvermögen kommen wird.

Das zentrale Zukunftsversprechen der sozialen Marktwirtschaft steht heute in Frage, nämlich dass sozialer Aufstieg durch Leistung möglich ist. Auch für diese Zweifel gibt es reale Gründe. Ich nenne nur die Beobachtung, dass Bildungserfolg bei uns wesentlich von der sozialen Herkunft abhängig ist und die Erfahrung, dass anerkannt gute Leistungen der Arbeitnehmer nicht vor Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau schützen. Ernst zu nehmende Wissenschaftler behaupten sogar, uns gehe die Arbeit aus.

Der Laie staunt und der Fachmann wundert sich angesichts des Widerspruchs, dass die einen sagen, wir könnten bald wieder Vollbeschäftigung erreichen und die anderen, es gebe nicht mehr genug Arbeit für alle. Der Chor der Propheten ist aber noch vielstimmiger: wir stünden vor einer massiven Deindustrialisierung und würden zu einer reinen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft werden. Auf jeden Fall gehöre das »Normalarbeitsverhältnis« der Vergangenheit an, und jedermann und jede Frau müssten sich auf »gebrochene Berufsbiografien« einstellen. Darauf muss sich aber auch der Sozialstaat einstellen!

Solchen Prognosen stehen Erwartungen der Menschen gegenüber, die von ganz anderer Art sind. Wer anständig arbeitet, soll auch von dem Lohn anständig leben können; Leistung soll sich für alle lohnen. Wir brauchen ein bestimmtes Maß an Sicherheit, auf das sich eine Lebens- und Familienplanung gründen lässt. Die Menschen wollen, dass es gerechter zugeht in unserer Gesellschaft. Wir, die SPD, teilen diese Erwartungen und wir sind sicher, dass wir mit dem Hamburger Grundsatzprogramm eine Politik formuliert haben, die gerecht ist, soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Erfolg und ökologische Vernunft gleichermaßen durchsetzen wird.

**»Wir brauchen ein bestimmtes Maß an Sicherheit, auf das sich eine Lebens- und Familienplanung gründen lässt.«**

Es ist sicher richtig, dass wir immer wieder die Schließung und Verlagerung von Produktionsstätten erleben werden – mit allen Härten, die dazu gehören – und dass der Erfolg politischer Einflussnahme auf solche Konzernentscheidungen nicht garantiert werden kann. Falsch ist es aber, daraus den Schluss zu ziehen, wir müssten der Deindustrialisierung ohnmächtig zusehen. Schon längst setzen wir Innovationsstrategien um – seit der Regierung Schröder und fortgesetzt in der jetzigen Koalition. Ob das die Förderung neuer Energien oder die Konzentration auf andere Wachstumsbranchen wie Gesundheit und Logistik ist – wir haben damit Erfolg: beschäftigungswirksame Wachstumsraten bei der Energie- und Umwelttechnik liegen um die 10 % und bei der Solarenergie sind es sogar 50 %. Der Gesundheitssektor einschließlich Pharmaindustrie, Biotechnologie und Medizintechnik wächst und schafft Arbeitsplätze. Logistik und Verkehr sind wahre Jobmotoren. Es gibt gewaltige Investitionsanfordernisse in die Stromnetze, in die Verkehrs- und vor allem Schienenwege, in die Kommunikationswege und in alternative Kraftstoffe und Antriebstechnologien, die Arbeit schaffen und Umwelt schützen. Wir wollen der Kreativwirtschaft mit materieller Förderung und politischer Flankierung helfen, also Verlagen, Musik- und Filmwirtschaft. Diesem Bereich und dem der digitalen Medien, Software, Werbung, Design werden schon heute 218.000 steuerpflichtige Unternehmen mit 900.000 Beschäftigten zugerechnet – mehr als in der Chemieindustrie oder im Energiesektor. Der Bedarf an personennahen

Dienstleistungen wächst. Es ist also blanker Unsinn, dass uns die Arbeit ausgehen würde! Unsinn ist es auch, auf die klassische Industrie verzichten zu wollen.

Selbstverständlich gibt es Risiken: der Wandel, der Umbau der Industriegesellschaft geht schnell voran; Konjunkturzyklen scheinen kürzer zu werden; von den Finanzmärkten und ihren immer neuen Produkten gehen auch Gefahren aus. Diese Risiken verlangen eine Politik, die neue Sicherheit schafft, auch, wenn neue Herausforderungen an die Leistungen und die Flexibilität der Einzelnen nicht vermeidbar scheinen. Was kann sozialdemokratische Politik zur Beherrschung solcher Risiken tun?

### **Leistung und Gerechtigkeit**

Wir erneuern die Arbeitsmarktpolitik. Das wichtigste Zukunftsprojekt dabei ist die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung. Versichert ist dann nicht nur die Arbeitslosigkeit einschließlich des Anspruchs auf hochwertige Vermittlungsleistungen, sondern auch die Qualifizierung, die nicht erst bei Arbeitslosigkeit sondern schon vorbeugend und während der Beschäftigung in einem neuen Beruf stattfinden kann. Neben der schon geregelten Beschleunigung und Verbesserung der Arbeitsvermittlung wird so auch für eine zeitgemäße Qualifikation der Arbeitssuchenden gesorgt.

Negative Faktoren, die heute noch Bedeutung haben, werden mit dem Konzept der Arbeitsversicherung zurück gedrängt: die Versicherten treten nicht mit veralteten, sondern mit hochaktuellen Qualifikationen die Suche nach neuer Arbeit an; die Zeit der Arbeitssuche kann verkürzt werden, die Gefahr des Verlustes von Fähigkeiten durch lange Arbeitslosigkeit wird verringert; die Verschwendung von Arbeitskraft und Erfahrungswissen kann eingedämmt werden. Dieses Beispiel steht auch – wie die Bildungspolitik – für die Tatsache, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden können, sondern zwei Seiten derselben Medaille sind. Wenn wir uns verstärkt der Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation widmen, gibt es mehr Sicherheit, mehr Bildungsgerechtigkeit und zugleich eine stärkere Wirtschaftskraft. Wir schaffen materielle Werte, um Verteilungs- und Chancengerechtigkeit zu erhöhen und erhöhen im selben Atemzug die Wirtschaftskraft selbst. Denn die hängt unmittelbar mit der Qualifikation zusammen. Einen anderen Rohstoff als Wissen, Erfahrung, Zuverlässigkeit aller, die im Arbeitsleben stehen, haben wir bekanntlich nicht. Wir würden unsere Chancen verpassen, wenn wir uns einem Billiglohn-Wettbewerb aussetzen ließen. Schnell würden wir an die Grenzen stoßen, die die Länder mit niedrigerem Lebensstandard setzen, weil sie stets die billigsten Löhne anbieten können. Besser, klüger, innovativer müssen wir sein und bleiben. Deswegen gehören Bildung und Sicherheit zwingend zu einer Erfolg versprechenden Wachstumsstrategie.

Die Prognose, dass zukünftig häufigere Aufgaben- und Arbeitsplatzwechsel typisch für die Arbeitsgesellschaft werden, verlangt weitere Folgerungen, mit denen wir uns deutlich von anderen Parteien unterscheiden: wir brauchen für diese Arbeitswelt erst recht starke Gewerkschaften, Betriebsräte, eher mehr als weniger Mitbestimmung und wirksamen Kündigungsschutz. Alles andere wäre

eine Kapitulation vor diesen Globalisierungsfolgen: Wir aber wollen die Globalisierung wirtschaftlich nutzen und sozial gestalten!

Vor allem aber ist es für die SPD klar: Wir bleiben eine Arbeitsgesellschaft, wir bleiben auch eine Industriegesellschaft, auch wenn neue Industrien traditionelle ablösen und wenn moderne Arbeitsbedingungen andere sind, als gewohnte. Mit modernen und flexiblen Arbeitsbedingungen wird es auch moderne Möglichkeiten für gute Arbeit geben. Das ist Arbeit, die sich mit den Lebensphasen wandelt: In der Zeit, da Menschen Familien gründen, können Beruf und Familie ganz lebenspraktisch miteinander vereinbar sein; in höherem Alter kann Arbeit an die individuelle Leistungsfähigkeit angepasst werden, ohne dass man in noch leistungsfähigem Alter vom Arbeitsleben ausgeschlossen wird. Zur Humanisierung der Arbeitswelt gehört, dass Arbeit nicht krank macht und man nicht trotz Arbeit verarmt. Mindestlöhne für alle Branchen und Berufe werden wir in der aktuellen Regierungskoalition nicht durchsetzen. Für die Union ist es schon schlimm genug, dass sie überhaupt Mindestlöhne ermöglichen muss. Ein wichtiger Grund, warum wir regieren wollen.

**»Wir wollen die Globalisierung nutzen und sozial gestalten.«**

Soziale Sicherheit wird zunehmend ein Thema der Europa- und der internationalen Politik. Die SPD hat die Notwendigkeit der Regulierung internationaler Finanzmärkte in die Koalition eingebracht und auf die Tagesordnung der internationalen Politik gesetzt! Mit dem Ergebnis wachsender internationaler Zustimmung. Nur wir verfolgen dieses Ziel mit dem nötigen Nachdruck. Die Europäische Union hat heute eine starke Schlagseite auf reine Wettbewerbsfragen. Dagegen hilft, wenn möglichst viele europäische Regierungen sozialdemokratisch sind und unser Konzept eines sozialen Europa unterstützen.

Die Welt ist nicht schwarz oder weiß; überall gibt es Widersprüche und Zwiespältigkeiten. Individuell ebenso wie politisch und ökonomisch. Ich weiß nicht, ob jeder, der eine Petition gegen Kinderarbeit unterschreibt, angesichts eines erstaunlich niedrigen Schnäppchenpreises nicht doch zugreift, statt zu bedenken, wie solche Niedrigstpreise möglich werden. Davon kann sich wohl niemand ganz frei sprechen, schlimm ist aber, dass in unserem Land viele Menschen mit Blick auf ihr Einkommen gar nicht die Wahl haben, »moralisch einzukaufen«, weil sie es sich nicht leisten können.

Ein Feld, auf dem solche Zweischneidigkeiten auffällig sind – und von interessierter Seite weidlich ausgenutzt werden – ist die Energiepolitik. An der Tankstelle und spätestens beim Blick auf die jährliche Heizkostenabrechnung sieht jeder, dass wir mit den Energiekosten erhebliche Probleme haben. Weltweit größere Nachfrage treibt die Preise und die Angst vor Energie-»lücken« wird regelrecht geschürt. Wir müssen aber sowohl für ausreichende als auch für ökologisch verantwortliche Energie sorgen. Tatsächlich würde es weder Versorgungssicherheit noch umweltverträgliche Energieerzeugung geben, wenn wir nicht politisch Vorsorge getroffen hätten und weiter treffen werden. Im letzten Jahr hat der Produktionsausfall durch unsichere Atomkraftwerke und der deutsche Stromexport mehr ausgemacht, als im Zuge des Atomausstiegs an Kapazität abgebaut werden wird. Das heißt: Wir werden am Atomausstieg festhalten und müssen deswegen keine Engpässe befürchten. Zusätz-

liche Vorsorge ist aber längst getroffen: Erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, Effizienzgewinne im Stromverbrauch und bei der Stromerzeugung werden den bis 2020 vereinbarten Abbau von Atomkraft deutlich überkompensieren. Für die absehbare Zukunft ist es darüber hinaus vernünftig, auch auf fossile Kraftwerke zu setzen, besonders auf Kohle. Öl und Gas werden uns schneller ausgehen als die Kohle – und sie werden tendenziell noch teurer werden. Aber die Umwelt, lautet ein verständlicher Einwand. Dabei wird übersehen: Für jedes neue Kohlekraftwerk muss ein altes stillgelegt werden, jedes neue setzt aber auch deutlich weniger Emissionen frei als die alten! Unsere ehrgeizigen Klimaschutzziele gelten und werden gerade durch den Neubau – zusammen mit den genannten alternativen und dezentralen Energiequellen – erst möglich! Mit Hochdruck wird in Deutschland an der CO<sub>2</sub>-Abscheidetechnik gearbeitet, ein erstes Kraftwerk zur Erprobung und Entwicklung dieser Technologie entsteht derzeit. Wir sind schon jetzt weltweit führend bei regenerativen Energien und Energiespartechiken. Wir müssen die Stromnetze erneuern, um sie sicher zu machen und auf die dezentrale Versorgung umzustellen. Geförderte Energiemanagementprogramme realisieren schon jetzt gewaltige Einsparungen beim Stromverbrauch. Wir setzen also nicht nur auf große, sondern auf dezentrale Anlagen. Diesen Weg müssen wir weitergehen. Eine

**»Unser politischer Gesellschaftsentwurf bietet allen Grund zu neuem Optimismus.«**

fundamentalistische Umweltpolitik, bei der sich irgendwann die Hälfte der Bevölkerung keinen Strom mehr leisten könnte, kommt ebenso wenig in Frage, wie ein Raubbau an der Natur.

Von der Schule der Zukunft, von Gebührenfreiheit im Kindergarten und für das Studium müsste hier noch die Rede sein, denn für unseren zukünftigen Wohlstand kommt es auf die Bildung an! Den Zukunftsentwurf einer solidarischen, gerechten und leistungsfähigen Gesellschaft fasse ich so zusammen: Es ist eine Arbeitsgesellschaft, die über klassische wie moderne Industrien verfügt, die alle Chancen auf ein nachhaltiges, ökologisch verantwortliches Wachstum nutzt und in der sich Leistung wieder lohnt. Das soziale und erfolgreiche Deutschland wird soziale Sicherheit, verlässliche und bezahlbare Energie, gerechtere Verteilung von Einkommen und Aufstiegschancen bieten. Zweifellos können wir die bisher besten Zeiten der 60er und 70er Jahre, als Willy Brandt und Helmut Schmidt regierten, nicht wiederherstellen. Aber wir haben eine Perspektive, Wohlstand und Gerechtigkeit, individuelle Freiheit und Sicherheit auch unter den veränderten Bedingungen mit neuen Mitteln zu erreichen. Es geht um eine menschliche Gesellschaft, die Arbeit respektiert, unterschiedliche Lebensentwürfe ermöglicht und unsere Grundbedürfnisse nach Verwurzelung, Geborgenheit und Mitmenschlichkeit nicht dem goldenen Kalb des grenzenlosen Wettbewerbs und der grenzenlosen Profitgier opfert. Diese Idee ist der Grund, warum ich politisch arbeite. Die Leidenschaft, nah bei den Menschen, ihren Sorgen und Hoffnungen die öffentlichen Angelegenheiten beeinflussen zu können, ist eine typisch sozialdemokratische Leidenschaft. Wenn die Menschen das bei uns spüren, sehe ich nicht nur der Zukunft der SPD optimistisch entgegen. Unser politischer Gesellschaftsentwurf bietet – vor dem Hintergrund unserer Leistungen seit 1998 – allen Grund zu neuem Optimismus für unser Land und die Menschen, die hier leben.